

Kostenvorteile Erneuerbarer Energien an die Stromkunden weitergeben

BEE-Vorschläge zur Senkung der EEG-Umlage

Berlin, 7. Oktober 2016



Erneuerbare Energien werden immer günstiger: Eine Kilowattstunde Solarstrom ist bei großen Anlagen schon für acht Cent zu haben, Windstrom für noch weniger. Während die deutsche Industrie von den niedrigen Börsenstrompreisen profitiert und in wachsendem Maße von der EEG-Umlage befreit wird, sollten diese Kostenvorteile nach Ansicht des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) künftig auch stärker bei den privaten Stromkunden ankommen. Der BEE fordert daher schon lange, dass die fallenden Börsenstrompreise von den Stromkonzernen endlich an alle Kunden weitergegeben werden. Um die Haushalte zu entlasten und zugleich einen faireren Wettbewerb zwischen den Energieträgern zu ermöglichen, schlägt der BEE zwei Lösungen vor:

1. Vorschlag: Die Industrieprivilegien werden direkt über den Bundeshaushalt und nicht mehr über das EEG-Konto finanziert.

Immer weniger Unternehmen zahlen die volle EEG-Umlage und beteiligen sich somit an den Investitionskosten in eine saubere Stromversorgung: Wurden im Jahr 2006 rund 282 Unternehmen mit insgesamt rund 410 Millionen Euro begünstigt, erhöhte sich die Zahl dieser Unternehmen im Jahr 2016 bereits auf mehr als 2100 Unternehmen und deren Begünstigung stieg auf rund 5 Milliarden Euro. Die Subventionierung der Industrie zählt jedoch nicht zu den originären Aufgaben des EEG-Kontos. Daher plädiert der BEE dafür, die Industrieprivilegien künftig direkt über den Bundeshaushalt zu finanzieren.

Damit würde das EEG-Konto um 5 Milliarden Euro entlastet. Die EEG-Umlage könnte um 1,4 Cent pro Kilowattstunde sinken. Angesichts hoher Überschüsse im Bundeshaushalt wäre dieser Vorschlag ohne neue Schulden realisierbar.

2. Vorschlag: Die Stromsteuer wird in eine CO₂-Bepreisung fossiler Stromerzeugung umgewandelt.

Die Stromsteuer sollte ursprünglich eine ökologische Lenkungswirkung ausüben. Als Endenergiesteuer wird sie dieser Funktion jedoch nicht gerecht. Mehr noch: Die Stromsteuer blockiert die für eine vollständige Energiewende dringend notwendige Verschmelzung der Energiesektoren Strom, Wärme und Mobilität, da sie die erforderliche Flexibilisierung des Energiesystems verhindert.

Zugleich stehen wir vor dem Problem, dass der derzeitige CO₂-Preis viel zu gering ist und nicht die wahren Kosten fossiler Energieträger widerspiegelt – der Wettbewerb zwischen Erneuerbaren und konventionellen Energien wird unter ungleichen Bedingungen geführt. Im September 2016 kostete eine Tonne CO₂ 4 Euro. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes müsste der Wert allerdings bei 80 Euro pro Tonne liegen, wenn die Folgeschäden für Umwelt und Gesellschaft berücksichtigt würden.

Daher schlägt der BEE vor, die Stromsteuer in eine CO₂-Bepreisung fossiler Stromerzeugung umzuwandeln. Der Kostenvorteil Erneuerbarer Energien käme unter den damit geschaffenen fairen Wettbewerbsbedingungen deutlich zum Vorschein. Schmutzige Braunkohlekraftwerke würden häufiger aus dem Markt gedrängt und Erneuerbare Energien erhielten häufiger Vorfahrt im Stromnetz.

Mit dieser Maßnahme wird die EEG-Umlage erheblich entlastet, da höhere Börsenstrompreise die Differenzkosten reduzieren, die mit der Umlage ausgeglichen werden. Die durch die CO₂-Bepreisung gewonnenen Einnahmen würden – wie bislang bei der Stromsteuer – direkt dem Bundeshaushalt zufließen.

Kontakt:

Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)
Invalidenstraße 91
10115 Berlin

Dr. Hermann Falk
Geschäftsführer
030 275 81 70-10
hermann.falk@bee-ev.de